

**Der SPD zum Geburtstag –
weil sie ja sonst nix gebacken kriegt.**



Besser für die Menschen.

CDU

ANGELA MERKEL:

Glückwunsch, SPD – auf eine neue Gründerzeit

Vor 140 Jahren wurde mit einer Vorläuferorganisation die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gegründet, wahrlich ein stolzes Alter und ein Grund zum Feiern – für alle Demokraten.

Aber nicht nur ein Grund zur Rückschau auf große Sozialdemokraten, die wichtige Etappen der deutschen Geschichte geprägt haben: ich nenne nur Friedrich Ebert, das erste demokratische

Fortsetzung Seite 2

INHALT

ÖKUMENISCHER KIRCHENTAG:

Das sollten Sie nicht
verpassen! Ein Streifzug
durchs Programm
SEITE 8-9

DOKUMENTATION

Beschlüsse zur Außen-
und Europapolitik
INNENTEIL

■ Annette Schavan: Berufliche Bildung darf nicht geschwächt werden (Seite 6–7) ■ Laurenz Meyer: Sprünge reichen nicht – die Regierung muss handeln (Seite 7) ■ Mitgliederkampagne (Seite 10–11) ■ Kongress: Ohne Sicherheit ist keine Freiheit (Seite 12) ■ Berliner Abgeordnetenhaus: Nicolas Zimmer neuer Fraktionsvorsitzender (Seite 13) ■ JU Berlin: Tim Peters zum Vorsitzenden gewählt (Seite 13) ■ CDU Sachsen startet neuen Internetauftritt (Seite 14) ■ 10 Eckpunkte der Frauen-Union zu Bildung und Betreuung von Kindern (Seite 15–17) ■ Michael Meister: SPD muss Strukturreformen endlich anpacken (Seite 18) ■ Wolfgang Bosbach: Kriminalitätsanstieg erfordert Konsequenzen (Seite 19–20) ■ Christian Schmidt: Struck hat Glaubwürdigkeit verloren (Seite 20) ■ Klaus Lippold, Dirk Fischer Weg für Lkw-Maut ist frei – Verhandlungserfolg für die Union (Seite 21)

IMPRESSUM



Fortsetzung von Seite 1
Staatsoberhaupt, Carlo Schmid, einen der Väter unseres Grundgesetzes, oder Willy Brandt, dessen Ostpolitik umstritten war, der jedoch anders als manche die Hoffnung auf die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes nie aufgegeben hat, damit „zusammenwächst, was zusammengehört“.

Anforderung an Volksparteien im 21. Jahrhundert

Dieser Geburtstag sollte vielmehr Anlass zum Blick nach vorn sein – wieder für alle Demokraten. Denn dieser Geburtstag fällt in eine Zeit geradezu epochaler Umbrüche. Es sind die beiden großen Volksparteien CDU und SPD, die zur Gestaltung dieser Umbrüche in der Pflicht stehen: die eine, die SPD, die wie keine zweite die Partei der Industriegesellschaft war und in ihrer Anfangszeit danach strebte, die Arbeiterklasse aus ihrer Abhängigkeit zu führen, den Widerspruch

zwischen Kapital und Arbeit aufzulösen; die andere, die Union von CDU und CSU, die diesen Gedanken mit der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards in freierlicher Form schließlich umgesetzt hat. Das sind wahrhaftig große Leistungen, aber nichts, worauf CDU und SPD sich ausrufen könnten. Zu tiefgreifend sind die Anforderungen, denen sich gerade die beiden großen Volksparteien im 21. Jahrhundert stellen müssen, zu vielfältig die Folgen der seit dem Ende des Kalten Krieges spürbaren Globalisierung, Digitalisierung und der demographischen Entwicklung. Zu viel Zeit wurde bereits vertan, doch dies ist nicht mehr die Stunde für kleinkariertes parteipolitisches Aufrechnen, nein, dies ist die Stunde der Wahrheit, niemand kann sich mehr herausmogeln, gleichsam über den Tag retten. Jetzt müssen die grundlegend richtigen Weichenstellungen mindestens für das kommende Jahrzehnt vorgenommen werden.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhofstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-111333. Vertrieb: Tel. 02226-802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Proffittich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



Notwendigkeit eines Bewusstseinswandels

Deutschland braucht eine umfassende Reform seiner Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik an Haupt und Gliedern. Viele sagen, wir hätten kein Erkenntnisdefizit in Deutschland, sondern ein Umsetzungsdefizit. Das ist nur bedingt richtig. Sicher, wir haben ein Umsetzungsdefizit, und es dauert unendlich lange und ist unendlich mühsam, bis Worten Taten folgen. Aber es geht auch um ein Erkenntnisdefizit oder – anders ausgedrückt – um die Notwendigkeit eines Bewusstseinswandels. Denn wer auch heute noch an seinem alten Misstrauen gegen die Kraft der Freiheit und das Prinzip des Wettbewerbs festhält und wer auch

heute noch die in Staat, Gewerkschaften und Verbänden organisierten Interessen in das Zentrum seines Denkens und Handelns stellt, nicht aber den einzelnen Menschen, der hat

die Zeichen der Zeit nicht erkannt und bleibt in der Industriegesellschaft stecken.

Wir brauchen deshalb endlich auch einen Zugesinn an Erkenntnis, und zwar in zwei Richtungen: Es muss erstens verstanden werden, dass Freiheit und Wettbewerb *die* Schlüssel für Freiräume und Lebenschancen sind. Deshalb ist zum Beispiel die gesetzliche Öffnung der Flächentarifverträge für betriebliche Bündnisse so unverzichtbar und der Streik der IG-Metall für die 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland so fernab jeder Realität. Und zweitens muss verstanden werden, dass Gerechtigkeit nicht Umverteilung und Gleichmacherei ist, sondern Leistungsgerechtigkeit: Ist also das, was der Staat vom Bürger verlangt, gerecht im Verhältnis zu dem, was der Bürger be-

kommt – bei der Sicherung des Arbeitsplatzes, im Krankheitsfall, bei der Anerkennung von Erziehungsleistung, bei einem Leben im Alter ohne Armut? Aber auch: Hat derjenige, der arbeitet, mehr als wenn er nicht arbeitet? Keine Leistung ohne Gegenleistung, darauf müssen sich Bürger und Staat verlassen können, wechselseitig.

Politik muss mehr als Stückwerk leisten

Das erst dient auch den wirklich Schwachen unserer Gesellschaft. Erst wenn die Menschen das der Politik annehmen, dann ist es der Politik gelungen, mehr zu verwirklichen als Stückwerk; dann ist es ihr gelungen, Sinn, Ziel und Grund ihres Handelns deutlich zu machen. Zwang und Drohung führen dabei nicht zum Ziel. Wir setzen auf die Kraft der Überzeugung, der Begeisterung und des Aufbruchs. Dann erleben wir die zweiten Gründerjahre unserer Republik. Darüber nachzudenken, sollte auch der SPD ihr 140. Geburtstag wert sein.

[http://](http://www.angela-merkel.de)

Umfangreiches Portrait:
www.angela-merkel.de

Eichel ist eine **Leerstelle**

Die Bundesregierung hat den Ernst der Lage in Deutschland nicht erkannt. Flügelkämpfe innerhalb der SPD verhindern, dass Rot-Grün die dringend erforderlichen Reformgesetze in den Bundestag einbringt. Um endlich den Reformprozess anzukurbeln und Licht in das Desaster in der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik zu bringen, hat die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag eine Aktuelle Stunde beantragt.

Gleich zu Beginn der Debatte wurde deutlich, wie ernst die Sozialdemokraten das Thema nehmen. Die zuständigen Bundesminister Eichel und Clement glänzten durch Abwesenheit. Von der SPD-Fraktion waren vier Abgeordnete anwesend. Daraufhin stellte die CDU/CSU-Fraktion den Antrag, Finanzminister Eichel ins Plenum zu zitieren. Um einen Offenbarungseid des Bundesfinanzministers zu verhindern, antwortete die SPD-Fraktion mit einem Gegenantrag auf Unterbrechung der Debatte, um eine Fraktions-sitzung einzuberufen. Eine auf ursprünglich 30 Minuten angesetzte Unterbrechung

musste um 15 Minuten verlängert werden, damit die SPD-Führung genügend Abgeordnete ins Plenum rufen konnte, um den Antrag von CDU/CSU abzuweisen. Bundesfinanzminister Eichel und Wirtschaftsminister Clement erschienen nicht. Ebenso blieben alle anderen Bundesminister und Kanzler Schröder der Debatte fern. Statt sich dem Parlament zu stellen, verkündete der Kanzler tags darauf auf einer SPD-Partyveranstaltung den finanzpolitischen Offenbarungseid. In der anschließenden Debatte erklärte Generalsekretär Laurenz Meyer:

Das ist sicher eine der größten Blamagen, die dieses Parlament jemals erfahren hat. Herr Müntefering, Ihre Kolleginnen und Kollegen kommen oft nur noch hierher, um den Finanzminister fern-zuhalten. Sie kommen nicht mehr hierher, wenn es um die Probleme im Land geht. Wir sprechen über eine der größten Vertrauenskrisen in der Bundesrepublik. In dieser Situation ist der Bundesfinanzminister geradezu eine Leerstelle; wir führen eine Phantomdiskussion. Sie brauchen zwei Unterbrechungen für eine Fraktions-sitzung.

Von Ihnen hätte man erwarten können, dass Sie die Dreiviertelstunde nutzen, um den Finanzminister hierher zu holen, statt ihn fernzuhalten. Uns bewegt der Umstand, dass es in diesem Land an Verlässlichkeit und Vertrauen mangelt. Das Land braucht wieder Verlässlichkeit, Vertrauen und Planungssicherheit! Sie sehen, wie leer die Regierungsbank ist. Der Bundeskanzler kann noch nicht einmal mehr in seiner eigenen Partei, in seiner eigenen Fraktion, im Parlament ohne einen Sonderparteitag Vorhaben umsetzen, obwohl er eine Mehrheit hat. Unser Land befindet sich in der schlimmsten Wirtschafts- und Finanzkrise der Nachkriegszeit, in einer Vertrauenskrise ohne Beispiel.

Verlässlichkeit

Stetiges Chaos von Rot-Grün führt zu wachsender Verunsicherung in unserem Land. Investitionsstopp bei den Unternehmen, Angstsparen bei den Bürgerinnen und Bürgern sind die Folge. Niemand kann heute sagen, was morgen in der Politik gilt – die Halbwertszeit politischer

Aussagen ist dramatisch gesunken. Vor wenigen Wochen noch hieß es: „Steuererhöhungen sind in dieser konjunkturellen Lage Gift“; jetzt wird verkündet: Tabaksteuererhöhung – 1 Euro pro Schachtel! Außerdem werden wieder Diskussionen über Vermögens-, Erbschafts- und Mehrwertsteuer sowie Ausbildungsplatzabgabe geführt. Vor wenigen Monaten noch wurde verkündet: „Der Aufschwung kommt. Alles zeigt nach oben.“; Jetzt muss die Regierung eingestehen: Deutschland in der Rezession. Alles zeigt nach unten. Die zur Zeit wichtigste Aufgabe liegt deshalb darin, die Planungssicherheit in Deutschland zu erhöhen. Wir müssen ein Klima umfassender Sicherheit und Verlässlichkeit schaffen! Die jetzige Regierung ist dazu so geeignet wie ein Fisch zum Fahrradfahren:

Ein Kanzler, der es nicht schafft, seine Vorschläge ohne Rücktrittsdrohungen und Sonderparteitag durchzusetzen, hat keine Autorität mehr! Ein Finanzminister, der nicht gefragt wird, wenn es neue Steuern gibt, ist überflüssig! Ein Wirtschafts- und Arbeitsminister als Ankündigungsweltmeister ohne die Kraft zu schnellen Umsetzungen ist ein Muster ohne Wert! Ich sage: Diese Regie-

rung führt Deutschland im Kreis herum, anstatt uns an die Spitze zu bringen!

Die Uhr des Niedergangs tickt unterdessen weiter: allein von Mitte März bis zu den Parteitag von SPD und Grünen werden weitere 10.000 Unternehmen in Deutschland Konkurs anmelden. Mit ihrem Leitartikel dachte man schon, Sie hätten die Richtung verstanden. Doch dann kam „IWAN“ und Sie schubsen mit dem Hintern wieder alles um, was sie vorne aufgebaut haben. Das Gegenteil ist aber angebracht: Wir brauchen ein klares Bekenntnis zu Leistung und Wettbewerb. Nur wenn wir Freiräume schaffen und Leistungsbereitschaft fördern, kommt Deutschland wieder auf die Beine.

Was Deutschland jetzt braucht, ist Sicherheit im Steuerbereich, Perspektiven, wann es über die beschlossenen Steuersenkungen hinaus zu weiteren Steuererleichterungen kommt.

Strukturreformen

Die Zeit für Reformen ist knapp! Wir müssen jetzt handeln – oder unser Wohlstand ist dauerhaft gefährdet! Deshalb biete ich Ihnen an: Lassen Sie uns sofort beginnen, wichtige Strukturreformen

anzupacken: In Zeiten leerer Kassen müssen wir uns zualererst den Themen widmen, die kein Geld kosten. Wichtige Reformmaßnahmen können wir sehr schnell gemeinsam auf den Weg bringen: ■ Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ■ Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sowie verstärkte Anreize zur Arbeitsaufnahme statt zur Schwarzarbeit ■ Einführung betrieblicher Bündnisse für Arbeit ■ Entbürokratisierung auf breiter Front ■ Modellversuche in den neuen Bundesländern mit Öffnungs- und Experimentierklauseln zur Abweichung von Bundesregelungen.

Daran anschließend: ■ Reformen der Sozialsysteme und schließlich ■ Planungssicherheit an der Steuerfront für 2004/2005 und darüber hinaus.

Der Zug der deutschen Volkswirtschaft rast im ICE-Tempo auf eine Betonwand zu und die Bundesregierung tut nichts, um die Weichen herumzureißen. Wenn Sie diesen Kraftakt nicht leisten können – und Sie zeigen es ja jeden Tag-, dann sollten Sie schnellstmöglich den Weg freimachen für eine andere, bessere Regierung.

Das Gewürge der letzten Monate darf im Interesse Deutschlands nicht weitergehen.

UD

ANNETTE SCHAVAN:

Berufliche **Bildung** darf nicht geschwächt werden

Der Kern der beruflichen Bildung in Deutschland ist das duale System – die Partnerschaft zwischen Ausbildungsbetrieb und Berufsschule. Diese Partnerschaft hat sich bewährt. Sie gewährleistet, dass qualifizierte Fachkräfte herangebildet werden, die durch ihre frühe Bindung an einen Betrieb ihren beruflichen Weg beginnen.

Das System der dualen beruflichen Ausbildung ist die beste Vorbeugung gegen Jugendarbeitslosigkeit. Es schafft einen hervorragenden Anschluss vom Bildung- ins Beschäftigungssystem. Es hat sich gegenüber anderen Wegen der beruflichen Bildung im internationalen Vergleich in hohem Maße bewährt.

Voraussetzung für den Erfolg der beruflichen Bildung im dualen System ist eine hohe Veränderungsdynamik im Blick auf neue Berufsbilder bzw. die Weiterentwicklung bestehender Berufsbilder. Notwendig für den Erfolg ist eine enge Lernortkooperation zwischen Schule und Betrieb. Hier wurden erhebliche An-



strengungen unternommen, um zu guten Wegen der Lernortkooperation zu kommen.

Unübersehbar ist aber auch, dass die Zahl der zur Verfügung gestellten Ausbildungsplätze in einem engen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage von Ausbildungsbetrieben steht. Wenn es den Betrieben schlecht geht, geht die Zahl entsprechend zurück. Die Zahl der Ausbildungsplätze ist ein hochsensibler Indikator für die Stimmung in der Wirtschaft. Der prognostizierte Rückgang der Ausbildungsplätze für den kommenden Herbst ist gravierend und führt zu einer schleichenden Verstaatlichung der beruflichen Bildung. Appelle an unsere Betriebe reichen hier längst nicht mehr aus. Die Drohung mit einer Ausbildungsabgabe, die der Bun-

deskanzler ausgesprochen hat und die in SPD in Vorbereitung zu sein scheint, ist der völlig falsche Weg. Betriebe, die ausbilden wollen, brauchen wirtschaftspolitische Impulse, die ihre Lage verbessern. Alles andere ist das Kurieren an Symptomen, die nicht zum Erfolg führen.

Ausbildungsmarkt gefährdet

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung gefährdet den Ausbildungsmarkt massiv. Das gefährdet zugleich die Zukunftschancen der jungen Generation. Immer mehr berufliche Vollzeitangebote führen zu einer besorgniserregenden Überlastung der beruflichen Schulen. Sie bedeuten für die betroffenen Jugendlichen, weil sie keine Lehrstelle finden, eine deutliche zeitliche Verzögerung ihrer Ausbildung. Eine Erhöhung der Jugendarbeitslosigkeit ist vorprogrammiert. Der Ausbildungsgipfel der Bundesregierung hat keine zukunftsweisenden Impulse gebracht. Es ist eine Mi-

Sprüche reichen nicht – die Regierung muss handeln!

schung aus ungeeigneten Appellen und Drohungen. Hinzu kommt die Gefahr einer Absenkung der Qualitätsstandards dadurch, dass die Ausbildungsregelung ausgesetzt werden soll. Dies alles geschieht in Zeiten, in denen die Schulabgängerzahlen steigen und deutlich mehr Ausbildungsplätze als in den vergangenen Jahren notwendig sind.

Eine Verbesserung der Lage auf dem Ausbildungsmarkt setzt mehr Vertrauen der Wirtschaft in die Politik voraus. Darüber hinaus wird auch zu fragen sein, welche anderen Veränderungen notwendig sind, um mehr Ausbildungsbereitschaft und Ausbildungsmöglichkeiten zu bewirken. Dazu zählt z.B. die Frage nach Jugendschutzbestimmungen, die immer mehr dazu führen, dass eher der 18jährige Jugendliche für eine Lehrstelle ausgewählt wird als der 16 oder 17jährige. Dazu zählt auch die Frage nach einem Einfrieren der Ausbildungsvergütungen und einer weiteren Verbesserung der Lernortkooperation.

Das Ergebnis einer verfehlten Wirtschaftspolitik der Bundesregierung führt derzeit zu einer nachhaltigen Verunsicherung junger Menschen im Blick auf ihre Berufsperspektiven.

Zu der von Bundesinnenminister Otto Schily vorgestellten Polizeilichen Kriminalstatistik des Bundes und dem Anstieg der Zahl der Sexualdelikte an Kindern erklärte CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer:

Vorzwei Jahren verlangte Gerhard Schröder mit Blick auf Kinderschänder: „Wegschließen – und zwar für immer“. Aber allen Sonntagsreden des Kanzlers und seines Innenministers Schily zum Trotz: Geschehen ist rein gar nichts. Im Gegenteil: Im letzten Jahr sind die Fälle von sexuellem Missbrauch an Kindern bundesweit um fast sechs Prozent auf knapp 16.000 angewachsen. Wie hoch muss die Zahl der Sexualstraftaten an Kindern eigentlich noch steigen, ehe die Bundesregierung reagiert und unsere Kinder wirksamer vor Triebtätern schützt? Herr Bundeskanzler, Sprüche reichen nicht – handeln Sie endlich!

Seit Jahren fordert die Union eine erhebliche Verschärfung des Sexualstrafrechts. Immer wieder sind die Vorstöße an Rot-Grün gescheitert. SPD und Grüne haben zu erkennen gegeben,



dass sie auch den derzeit im Bundestag beratenen Unions-Gesetzesentwurf „zur Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung vor Sexualverbrechen und anderen schweren Straftaten“ (Drucksache 15/29) ablehnen werden.

Doch die steigende Zahl der Straftaten macht deutlich, dass endlich etwas zum Schutz unserer Kinder geschehen muss: So müssen die Mindest- und Höchststrafen für sexuellen Missbrauch von Kindern zur Abschreckung deutlich angehoben werden. Außerdem ist es dringend geboten, den genetischen Fingerabdruck bei allen Sexualstraftaten als Beweismittel zuzulassen. Gemäß dem Grundsatz „Wehret den Anfängen“ muss eine Speichelprobe schon bei Vergehen wie Exhibitionismus zum Regelfall werden.

Das sollten Sie **nicht verpassen!**

Ein Streifzug durchs Veranstaltungsprogramm

„Ihr sollt ein Segen sein!“ Unter diesem Motto findet vom 28. Mai bis 1. Juni in Berlin der erste Ökumenische Kirchentag statt. Den ersten gemeinsamen Kirchentag von Protestanten und Katholiken nehmen die CDU Deutschlands und ihre Vereinigungen und Sondervereinigungen zum Anlass herauszustellen, dass die an christlichen Grundwerten ausgerichtete Politik bis heute das Gesicht der Union bestimmt

„Das „C“ in unserem Parteinamen ist nicht schmückendes Beiwerk, sondern ein Anspruch, dem wir uns immer wieder zu stellen bereit sind. Die „kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums“, zu denen wir uns als Union gemeinsam bekennen, gehören nicht an den Rand, sondern ins Zentrum unseres politischen Gestaltungswillens,“ hebt die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, in ihrem Vorwort zu einer Sonderbroschüre, die die CDU Deutschlands zum Kirchentag herausgibt, hervor. Eine Gedankensammlung von Unionspolitikern,



Einzel Exemplare der Sonderbroschüre zum ökumenischen Kirchentag können Sie unter infomaterial@cdu.de bestellen.

die Ehrenämter in den beiden Kirchen bekleiden, veranschaulicht, warum sich die Union seit ihrer Gründung als Partei der konfessionellen Verständigung verpflichtet fühlt. „Wie gehen Parteien mit Populismus um?“ Dieses Thema diskutiert der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Laurenz Meyer, mit den Generalsekretären der anderen im Bundestag vertretenen Parteien und dem Bundesgeschäftsführer der Grünen (29. Mai, 17 Uhr, Halle 26a)

Frauen-Union

„Kinder ein Segen?! – Frauen im Zwiespalt“ heißt der Schwerpunkt, unter dem die Frauen-Union das Motto des Kirchentages bei einer Podiumsdiskussion mit anschließendem Empfang aufgreift. Am Freitag, den 30. Mai 2003, um 11.00 Uhr diskutieren Bischöfin Maria Jepsen aus Hamburg, die Präsidentin des Familienbundes der Katholiken,

Elisabeth Bussmann, und die Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ilse Falk MdB, mit den Gästen der Frauen-Union im Konrad-Adenauer-Haus, Klingelhofstr.8, 10785 Berlin. (Anmeldung Tel: 030 / 22 070-452). Außerdem stellt die Frauen-Union sich und ihre Arbeit auf der „Agora“ vor, dem Platz des Kirchentags, der mit Veranstaltungen, Workshops und kreativen Aktionen das größte Informati-

onsangebot bietet. Dort finden sie die Frauen-Union in Halle 4.1, Nr. B 17.

Junge Union

Die Junge Union veranstaltet mit den CDU Landesverbänden Berlin und Brandenburg am 31. Mai (14.00-18.00 Uhr) ein Benefizkonzert für verfolgte Christen in aller Welt, u.a. mit der Band „Normal Generation?“, bekannt durch ihren dritten Platz bei der Ausscheidung zum Schlager-Grand-Prix 2002, Kathy Kelly von der Kelly Family und einer der besten deutschen Gospel-Chöre, dem Tostedt Community Gospel Choir. Karten für die Veranstaltung im Fontanehaus in Berlin-Reinickendorf, Wilhelmsruher Damm 142c, können unter verfolgtechristen@jungeunion.de bestellt werden.

Als Gesprächspartner auf der Agora, Halle 4.1, Nr. D 22, stellt sich die JU als Gesprächspartner zur Verfügung. Unter dem Motto „Politisches Handeln zwischen Überzeugung und Pragmatismus – Diskussionen im Spannungsfeld“ wirbt die JU um ihre Position zur Stärkung der Wertevermittlung und Werteverankerung in Deutschland und Europa.

EAK

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU lädt am 30. Mai um 15 Uhr zu einem Vortrag mit anschließender Diskussion zum Thema „Union und Ökumene“ mit Altbundeskanzler Helmut Kohl in der URANIA (An der Urania 17, 10787 Berlin) und um 20 Uhr zu einem Kirchentagsempfang mit der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Angela Merkel, in die Bundesgeschäftsstelle der CDU (Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin) ein. Beide Veranstaltungen sind bereits ausgebucht. Anmeldungen können leider nicht mehr berücksichtigt werden. Zur Intensivierung seiner Brückenfunktion zwischen Kirche und Politik informiert der EAK auf der Agora, Halle 4.1, Nr. A 13.

Senioren Union/RCDS

Zum Thema „Alter ist nichts für Feiglinge – wir setzen Zeichen – ins Gespräch kommen, mitmachen, aktiv die Zukunft gestalten“ zeigt sich die Senioren Union der CDU Deutschlands auf ihrem Stand (Halle 4.1, Nr. E01). Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) präsentiert sich auf der Ago-

ra, Halle 1.1, Nr. F 27 mit dem Thema „50 Jahre Studentenmanagement für Freiheit und Menschenrechte“.

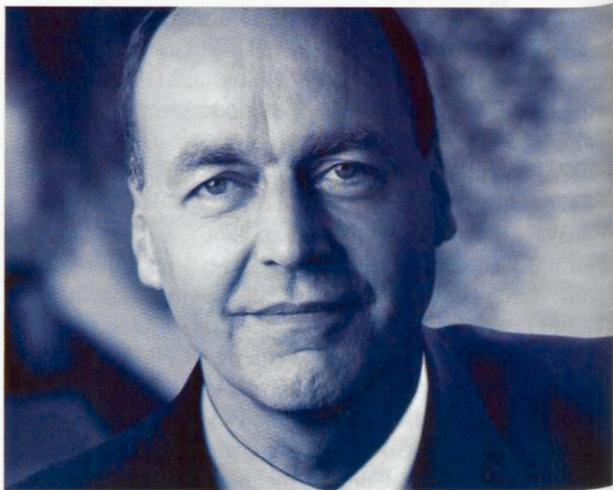
Konrad-Adenauer-Stiftung

Grundfragen der Beziehung zwischen Kirche und Politik, zwischen Glauben und Gesellschaft stehen im Mittelpunkt zweier Foren in der „Langen Nacht der Politik“, zu der die Konrad-Adenauer-Stiftung am 29. Mai 2003 in ihre Akademie (Berlin Tiergarten, Tiergartenstr. 35) einlädt. Im ersten Forum „Gott in Europa“ (19.00 bis 20.30 Uhr) wird über folgende Fragen diskutiert: Welchen Anteil haben die drei abrahamitischen Religionen an der Grundlegung Europas? Wie christlich, wie jüdisch, wie muslimisch geprägt sind Europas Werte? Und welche Rolle spielt Religion in und für die Europäische Union, die gerade dabei ist, sich eine Verfassung zu geben? Im Mittelpunkt des zweiten Forums „Leitbild der Bürgergesellschaft“ (21.00 bis 22.30 Uhr) steht die Frage, ob die Bürgergesellschaft „Gute Ordnung“ im christlichen Sinne ist und wie Staat und Gesellschaft aussehen müssen, damit Freiheit und Verantwortung sich entfalten können.

„Botschaftermodell“ zur Gewinnung neuer Mitglieder

Die CDU als Volkspartei lebt von ihren Mitgliedern. Sie setzt auf die Menschen in unserem Land. Ihr Engagement, ihre Kreativität und ihre Erfahrung sind der Motor unserer Partei.

Um dieses Potenzial weiter zu erhöhen, startet die CDU Mitte Juni eine bundesweite Kampagne zur Mitgliederwerbung. Der Schirmherr der Aktion, CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer, ist sich sicher, dass die Aktion ein Erfolg wird, wenn die Partei geschlossen um neue Mitglieder wirbt: „Lassen Sie uns mit gemeinsamer Kraft die Kampagne umsetzen. Neue Mitglieder bedeuten neue Ideen und weitere Mitstreiter. Mit der Kampagne macht die CDU deutlich, dass sie eine offene, bürgernahe und moderne Partei ist. Nur mit Hilfe der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes lässt sich die Krise in Deutschland beseitigen und ein Kurswechsel in der Politik erreichen. Ich bitte daher alle Mitglieder und Gliederungen der CDU: Machen Sie mit, damit wir zahlreiche



Schirmherr der Kampagne: CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer

neue Mitglieder willkommen heißen können!“

Persönliche Ansprache

Die Erfahrungen der CDU auf dem Gebiet der Mitgliederwerbung haben gezeigt: Den nachhaltigsten Erfolg verspricht eine gut vorbereitete und effizient organisierte persönliche Ansprache möglicher CDU-Mitglieder. Daher basiert die Mitgliederkampagne 2003 auf einem Botschaftermodell. Das bedeutet, Vertreter der Ortsverbände (die

Botschafter der CDU) besuchen CDU-Sympathisanten, um sie zur Mitarbeit in der CDU einzuladen. Die Ortsverbände sammeln Daten über Ansprechpartner und organisieren vor Ort die Kampagne.

Das Engagement der Kreis- und Ortsverbände ist die Voraussetzung für ein Gelingen der Kampagne. Die Kreisverbände sollten bis zum 19. Mai der CDU-Bundesgeschäftsstelle ein Mitglied benennen, das die Kampagne im Kreisverband umsetzt und koordiniert sowie mit den Botschaftern der

Ortsverbände zusammenarbeitet (Aktionsbeauftragter). Wer dies noch nicht getan hat und nachholen möchte, kann dies tun – Meldung bitte unter **mitgliederkampagne@cdu.de**. Auch die Vereinigungen werden gebeten, sich an der Kampagne zu beteiligen.

Mitglieder gewinnen Mitglieder

Darüber hinaus werden auch Parteimitglieder, die nicht so stark in die Ortsverbandsarbeit eingebunden sind, gebeten, neue Mitglieder zu werben. Dieses Kampagnenelement läuft unter dem Motto „MGM: Mitglieder gewinnen Mitglieder“. Jedes Mitglied hat Freunde oder Bekannte, die der CDU nahe stehen und die man ansprechen kann. Auch diese Potenziale sollten genutzt werden.

Nachbetreuung

Von entscheidender Bedeutung ist die Nachbetreuung geworbener Mitglieder. Nicht selten verlässt ein neues Mitglied nach nur wenigen Monaten wieder die CDU, weil es den Eindruck hat, nichts bewegen zu können. Auch nach der er-

folgreichen Werbung gilt: Nichts ist wichtiger als die persönliche Ansprache. Das neue Mitglied muss an die Hand genommen werden, um die Partei vorzustellen. So lernt es die örtliche CDU kennen und man erfährt, wo die Interessen liegen und das neue Mitglied mitarbeiten will. Auch die CDU-Bundesgeschäftsstelle kümmert sich um die neuen Mitglieder. Sie erhalten ein persönliches Schreiben der Parteivorsitzenden samt einem Begrüßungspaket.

Kampagnenmaterial & Schulungen

Die Bundesgeschäftsstelle gibt zur Kampagne geeignete Materialien heraus. Kernstück ist ein Leitfaden, der die Arbeit vor Ort unterstützen soll. Außerdem werden die Aktionsbeauftragten auf Schulungen, die gemeinsam mit den Landesverbänden durchgeführt werden, auf die Kampagne vorbereitet. Die erste Schulung findet am 28. Mai in Ba-

**CDU-Mitglied werden?
Infos unter
030/220 70-110**

den-Württemberg statt. Um die Kreisverbände und werbenden Mitglieder für ihre Arbeit zu honorieren, wurde ein bundesweiter Wettbewerb ausgelobt. Die erfolgreichsten Kreisverbände und die besten Botschafter bzw. Werber werden ausgezeichnet. Auf der Homepage der CDU werden erfolgreiche Aktionen aus den Kreisverbänden vorgestellt und der Fortgang der Kampagne dokumentiert.

Generalsekretär Laurenz Meyer stellte heraus: „Die Kampagne wird dann zu einem großartigen Erfolg, wenn sich alle Ebenen der Partei daran beteiligen. Dazu laden wir Sie herzlich ein.“ Für Fragen steht die CDU-Bundesgeschäftsstelle gern zur Verfügung. Bitte wenden Sie sich an Frank Niebuhr (Telefon: 030/220 70-131, E-Mail: frank.niebuhr@cdu.de) oder Axel Tantzen (Telefon: 030/220 70-486, E-Mail: axel.tantzen@cdu.de).

„Ohne **Sicherheit** ist keine Freiheit“

Wenige Themen betreffen die Bürgerinnen und Bürger mehr als ihre eigene Sicherheit. Fragen der Inneren Sicherheit sind von zentraler Bedeutung für das Lebensgefühl der Bürger unserer Städte. Dies gilt sowohl für ihre soziale wie auch für körperliche Sicherheit. Aus diesem Grund hatte die CDU Deutschlands gemeinsam mit der CDU Bremen zu einer Diskussionsveranstaltung in die Hansestadt geladen, um die Diskussion über Probleme der Inneren Sicherheit weiter voranzutreiben.

Hauptredner der Veranstaltung „Innere Sicherheit braucht einen starken Rechtsstaat“ waren, neben dem Bremer Innensenator Kuno Böse, der Bremer Finanzsenator und Bürgermeister Hartmut Perschau sowie der Brandenburgische Innenminister und CDU-Präsidiumsmitglied Jörg Schönbohm. Innere Sicherheit bedürfe eines soliden Wertefundaments, das bereits in der Familie vermittelt werden müsse, betonte der Vorsitzende der Bremer CDU-Senatsfraktion, Jens Eckhoff, in seinen Ein-

führungsworten. Der Bremer Finanzsenator Hartmut Perschau forderte einen klaren Kurs für die Bremer Innen- und Rechtspolitik. Dazu gehöre die politische Unterstützung der Sicherheitskräfte. Fixerstuben und die staatliche Abgabe von illegalen Drogen werde es mit der CDU nicht geben, betonte er. Jugendliche Intensivtäter müssten ferner über einen längeren Zeitraum in geschlossenen Heimen stabilisiert werden. Gegen Extremismus in all seinen Formen sei gemeinsam mit Polizei und Verfassungsschutz konsequent vorzugehen.

Staatliches Gewaltmonopol

Jörg Schönbohm unterstützte den Vortrag seines Vorredners nachdrücklich und betonte: „Der Staat hat das Gewaltmonopol und die Verpflichtung, für Sicherheit in allen Bereichen zu sorgen“. Ein starker Rechtsstaat stelle sich hinter Verfassungsschutz, Polizei und Justiz, damit sich das Recht des Stärkeren nicht durchsetze.

Gemäß dem Wahlkampf-motto der Bremer CDU

„Viel getan. Viel zu tun“ umriss der Bremer Innensenator Kuno Böse die sicherheitspolitische Agenda der Hansestadt. Das Polizeigesetz, das die offene Videoüberwachung, die Rasterfahndung und den finalen Rettungsschuss geregelt habe, sei bereits ein Schritt in Richtung moderner Rechtsstaat, sagte er. Nun müsse sich die Polizei gegen neue Kriminalitätsformen rüsten – mit entsprechender Ausbildung und Technik gegenüber länderübergreifender Schwerstkriminalität müssen wir für Waffengleichheit sorgen. Dazu gehörten unter anderem eine bessere Ausstattung von Europol und – gemeinsam mit dem Bundesgrenzschutz – die Sicherung der Grenzen gegen „Schlepperbanden“.

Schwerpunkt der an die Vorträge anschließenden Podiumsdiskussion mit den über 200 Teilnehmern waren Fragen der Organisierten Kriminalität, des Opferschutzes und die Nutzung der DNA-Analyse bei der Strafverfolgung. Einzelige Meinung aller Anwesenden: „Eine anspruchsvolle und gelungene Veranstaltung!“

Nicolas Zimmer **neuer** Fraktionsvorsitzender



Nicolas Zimmer ist neuer Vorsitzender der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

Nach dem überraschenden Rücktritt von Frank Steffel waren Neuwahlen erforderlich - geworden, in

denen sich der 32jährige Rechtsanwalt Nicolas Zimmer gegen den früheren Berliner Finanzsenator Peter Kurth mit 18 zu 17 Stimmen durchsetzte.

Nach seiner Wahl versicherte der bisherige parlamentarische Geschäftsführer, dass er alle Fraktionsmitglieder einbinden wolle. „Es gibt Chancen und Möglichkeiten für alle zur Mitarbeit“, fügte er hinzu. Er fühle sich als Vorsitzender der Fraktion verpflichtet, noch intensiver zu arbeiten und bekräftigte, dass er gemeinsam mit dem künftigen Lan-

desvorsitzenden eine offensive Oppositionspolitik gegenüber der SPD/PDS-Koalition in der Hauptstadt betreiben wolle. Nicolas Zimmer war unter anderem als persönlicher Referent des früheren Wirtschaftsensors Elmar Pieroth tätig und hat sich vor allem als Haushaltsexperte einen Namen gemacht.

Im der nächsten Ausgabe des UID werden Sie einen Bericht über den am 24. Mai stattgefundenen Landesparteitag in Berlin mit den Wahlen zum neuen Landesvorstand finden.

DEUTSCHER STÄDTETAG

Petra Roth im Amt **bestätigt**

Die Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main, Petra Roth, ist in ihrem Amt als Präsidentin des Deutschen Städtetages bestätigt worden.

Die Hauptversammlung des kommunalen Spitzenverbands wählte sie in Mannheim einstimmig an die Spitze der Organisation. Nach dem Rücktritt des Saarbrücker Oberbürgermeisters Hajo Hoff-

mann (SPD) wegen einer Finanzaffäre hatte sie den Posten im Mai 2002 kommissarisch übernommen. Die Amtszeit gilt nun für zwei Jahre.

Bereits 1997 war Petra Roth als erste Frau an die Spitze des Städtetags gewählt worden. 1995 gewann sie die Direktwahl des Stadtoberhaupts in Frankfurt am Main und bezog als erste Frau das

Amtszimmer des Oberbürgermeisters. Hier regiert die 59-Jährige mit einem Viererbündnis aus CDU, SPD, Grünen und FDP. Nach ihrer Wahl zur Städtetagspräsidentin kündigte sie an, „alles dafür zu tun, über Parteigrenzen hinweg die Interessen der Städte zu vertreten“. Die Stimme der Städte werde gehört, ist sich Petra Roth sicher.

Modern und aktuell – Sächsische Union startet neuen Internetauftritt

Ab sofort präsentiert sich die Sächsische Union im Internet mit neuem Outfit und einem komplett überarbeiteten Informationsangebot. Auf ca. 200 Seiten werden unter der Adresse www.cdu-sachsen.de



aktuelle Themen, Positionen, Nachrichten und Informationen bereitgestellt.

Das neue Konzept der Sächsischen Union im Internet lautet: Weg vom langweiligen Dokumentenarchiv – hin zur kurzen und prägnanten Darstellung, die Antworten auf individuelle Fragestellungen gibt. „Wir wollen den Besuchern unsere Politik auch im Internet transparent machen und so attraktiv wie möglich vermitteln“, erklärte der Generalsekretär der CDU Sachsen, Hermann Winkler. „Politik muss verständlich sein und auch Spaß machen. Nur so können wir Bürger, insbesondere junge Menschen, überzeugen, sich wieder aktiv im politischen Geschehen zu engagieren, mit Politik auseinanderzusetzen.“

Die Bildschirmaufteilung erscheint nunmehr im Stil moderner Medienportale, weniger farbenreich, dafür dezenter, auf die Inhalte konzentriert. Die Inhaltsstruktur wurde völlig neu gegliedert und erweitert, wobei auf eine themenbezogene Darstellung der Inhalte Wert gelegt wurde. Schon auf der Startseite wird zielgruppenorientiert auf bestimmte Personengruppen eingegangen. Mit neuen Funktionsmodulen wie Newslettersystem, Versenden von Seiten per e-mail, Komfortsuche, Umfragen und Nachrichteneinbindung externer Quellen (z. B. Bundes-CDU, CDU-Landtagsfraktion) soll das Interesse der Nutzer geweckt werden. Nachrichten, Pressemitteilungen, Beiträge und sonstige Veröffentlichungen er-

scheinen jetzt vollautomatisch auch im Kontext des jeweiligen Themas. Außerdem empfiehlt die Website zu den meisten Publikationen Seiten, welche ähnliche Informationen oder verwandte Themen beinhalten.

In einem umfangreichen Pressecenter werden komprimierte Informationen und Serviceangebote für Journalisten zur Verfügung gestellt. Der Einsatz eines leistungsfähigen Redaktionssystems trägt zur Verbesserung der Funktionalität, Navigation und der Interaktionsmöglichkeiten bei. Durch das Redaktionssystem besteht die Möglichkeit der Anbindung und Beteiligung von Unterorganisationen und damit der wechselseitigen Nutzung von Inhalten und Layoutbausteinen. Besondere Rücksicht will die Sächsische Union auf die Belange behinderter Internetnutzer nehmen. Eine behindertengerechte Version der Website wird in einem weiteren Schritt zur Verfügung stehen.

„Was Hänschen nicht lernt...“

10 Eckpunkte der Frauen-Union zu Bildung und Betreuung von Kindern

„Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern müssen stärker verzahnt werden“, fordert die Bundesvorsitzende der Frauen-Union, Maria Böhmer. Damit das Bildungsniveau gehoben und das Betreuungsangebot für Kleinkinder, im Kindergarten und in der Schule verbessert wird, hat der Bundesvorstand der Frauen-Union jetzt 10 Eckpunkte zu „Bildung und Betreuung von Kindern“ beschlossen.

1. Wahlfreiheit

Kernpunkt der Familienpolitik der Union ist die Wahlfreiheit für Eltern hinsichtlich ihrer Lebensgestaltung und der Erziehung ihrer Kinder. Eltern wollen und sollen selbst entscheiden, ob und wie sie für die Betreuung ihrer Kinder selbst sorgen oder Betreuungsangebote, z.B. von Tagesmüttern, Krippen, Kindergärten, Horten bis hin zur Ganztagschule nutzen wollen.

Wahlfreiheit ist nur bei einem ausreichenden Angebot wirklich gegeben. Derzeit

sind die Voraussetzungen dafür in den einzelnen Bundesländern und Kommunen unterschiedlich gegeben. Ziel muss es sein, bundesweit zu einem bedarfsgerechten flächendeckenden Angebot zu kommen.

Für Kinder unter drei Jahren sind die Betreuungsmöglichkeiten insgesamt unzureichend. In den neuen Bundesländern liegt der Versorgungsgrad zwar bei 36 %, in den alten Ländern jedoch nur bei 2,8 %. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ist – jedenfalls als Halbtagsplatz – weitgehend umgesetzt (Versorgungsgrad in allen Bundesländern mit Ausnahme Hamburgs (76%) über 90%). Lücken gibt es hier vor allem bei der Betreuung am Nachmittag. Für Schulkinder gibt es ein gut ausgebautes Netz an Horten nur in den neuen Bundesländern. Bundesweit gibt es lediglich 6 bis 7 % Ganztagschulen.

2. Vereinbarkeit

Der Ausbau des Betreuungsanspruchs für Kinder ist so-

wohl unter dem Aspekt einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit als auch unter dem Gesichtspunkt einer früheren und besseren Bildung von Kindern voranzutreiben.

Unter dem Aspekt einer Verbesserung der work-life-Balance sollten auch Unternehmen ihren Beitrag zu einer Flexibilisierung von Arbeitszeiten und zum Ausbau von qualitativ hochwertigen Betreuungsangeboten leisten. Wirtschaftsverbände fordern die Einführung von Ganztagschulen mit Blick auf eine stärkere Beteiligung von Frauen in der Arbeitswelt. 56% der Bürgerinnen und Bürger befürworten grundsätzlich das Angebot von Ganztagschulen.

3. Kindeswohl

Kinder brauchen Zeit, Zuwendung und individuelle Förderung. Jedes Kind hat sein eigenes Entwicklungstempo mit Eigenaktivitäten und Anregungen von außen. Es braucht Erwachsene und Kinder für seine emotionale, geistige und soziale Ent-

wicklung mit gruppenbezogener und individueller Förderung. Kinder lernen spielend und situativ aber auch durch gezielte Anleitung und wiederholende Übung. Familienergänzende Bildung und Betreuung ist auf das gemeinsame Kindes- und Elternwohl auszurichten.

4. Bildung in den ersten zehn Lebensjahren

Zur besseren Verzahnung von Bildung und Erziehung muss ein Bildungskonzept bis zum zehnten Lebensjahr von Kindern entwickelt werden.

Wir brauchen ein umfassendes Bildungsverständnis, das der frühen Förderung der Kinder vor Eintritt in die Schule einen höheren Stellenwert gibt. Das Ziel ist eine optimale kind- und altersgerechte Förderung in Elternhaus und Betreuungseinrichtungen. Dazu gehören Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Kompetenz ebenso wie zur Verbesserung der Sprachkompetenz, für bilinguale Sprachangebote, zur besseren Verzahnung von vorschulischem Bereich und Grundschule aus pädagogischen Gründen, zur Förderung der Kinder mit dem Ziel einer frühzeitigen Einschulung sowie zur wirksamen

Förderung bildungsbenachteiligter Kinder insbesondere mit Migrationshintergrund.

Besondere Beachtung und Förderung brauchen behinderte Kinder. Investitionen in Schulgebäude und Ausstattung, wie sie die Bundesregierung zum Ausbau der Ganztagschulen vorsieht, reichen nicht aus, um die Defizite im Bereich der Bildung, die mit den Studien PISA, TIMSS und IGLU zu Tage getreten sind, auszugleichen. Zur Anhebung des Bildungsniveaus kommt es insbesondere auf bessere pädagogische Konzepte und die Qualifikation von Lehrerinnen und Lehrern an.

5. Tagespflege

Für Kinder unter 3 Jahren ist der bedarfsgerechte Ausbau eines qualitativ guten Betreuungsangebotes erforderlich. Neben einem breiteren Angebot an Krippenplätzen ist vor allem ein Konzept zum Ausbau der Tagespflege (z.B. Tagesmütter) zu entwickeln.

6. Flexible Übergänge

Wir brauchen ein bedarfsgerechtes verlässliches Ganztagsbetreuungsangebot für Kinder von 3 bis 6 Jahren.

Die Möglichkeit, das Betreuungsangebot auch nur stunden- oder tageweise in Anspruch zu nehmen, sollte häufiger gegeben sein.

Um der wachsenden Bedeutung der frühkindlichen Erziehung und Bildung Rechnung zu tragen, müssen die Eltern mittelfristig bei den Kosten für Kindergartenplätze entlastet werden. Der bestehende Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung soll für die Eltern kostenfrei werden. Dies darf jedoch nicht zu Lasten der Kommunen gehen. Das Saarland hat gezeigt, wie dies durch Schwerpunktsetzungen und Umschichtungen im Landeshaushalt ermöglicht werden kann.

Wir plädieren für eine Flexibilisierung des Übergangs vom Kindergarten zur Grundschule. Dazu zählen auch Vorschulangebote.

7. Fachkräfteausbildung

Für eine gute und pädagogisch hochwertige Erziehung und Betreuung sind motivierte und gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher entscheidend. Deshalb treten wir für eine Reform der Fachkräfteausbildung ein. Vor allem die Ausbildung

von Erzieherinnen und Erziehern für das dritte Kindergartenjahr muss stärker mit der Aus- und Fortbildung für Lehrkräfte in Grundschulen verzahnt werden.

8. Einschulungsalter

Das tatsächliche Einschulungsalter sollte bei 6 Jahren liegen. Derzeit ist es mit durchschnittlich 6,8 Jahren zu hoch. Bindende Voraussetzung für die Einschulung sollte das erfolgreiche Bestehen von Sprach- und Entwicklungsstandtests werden. Eine frühe Einschulung und effizient genutzte Schulzeit tragen auch dazu bei, dass junge Menschen früher ihren schulischen Abschluss erreichen und früher ins Berufsleben eintreten. Dies unterstützt unser Ziel, die Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Jahre zu verkürzen.

9. Offene und gebundene Ganztagschulen

Um den unterschiedlichen Bedürfnissen von Eltern und Kindern Rechnung zu tragen, fordern wir den bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagschulen für alle Schulformen als offene oder gebundene Ganztagschulen.

Offene Ganztagschulen dienen in erster Linie der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und sind noch keine hinreichende Antwort auf PISA. In einer offenen Ganztagschule werden Bildungs- und Betreuungsangebote für den Nachmittag gemacht. Mittagessen, Hausaufgabenbetreuung und Förderunterricht wird ergänzt durch Angebote aus dem sportlichen, sozialen, kulturellen und kreativen Bereich von außerschulischen Partnern. Die Nachmittagsangebote sollten Teil des pädagogischen Gesamtkonzepts sein. Das Personal am Nachmittag ist durch geeignete Fortbildungsveranstaltungen auf die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern vorzubereiten. Der Besuch der Ganztagschule darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen. Die Anmeldung der Schülerinnen und Schüler zur Teilnahme ist freiwillig.

In gebundenen Ganztagschulen ist der Unterricht über den Vor- und Nachmittag verteilt und folgt einem pädagogischen Gesamtkonzept. Es findet ein Wechsel von Unterricht und Angeboten im sportlichen sozialen, kulturellen und kreativen Bereich statt. Auch hier bietet sich die Zusammenarbeit mit außer-

schulischen Partnern an. Dank der größeren zeitlichen Möglichkeiten können besonders Begabte, Lernschwache und Kinder mit Migrationshintergrund besonders differenziert gefördert werden. Die Teilnahme der Schülerinnen und Schüler ist verpflichtend.

10. Finanzen

Das Finanzierungsmodell der Bundesregierung für den Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder bis 3 Jahren, das sich auf potenzielle Einsparungen aus der Umsetzung des Hartz-Konzepts stützt, steht auf tönernen Füßen. Wir brauchen daher eine Reform der Gemeindefinanzen, die die Kommunen in die Lage versetzt, die Betreuung für Kinder unter 6 Jahren qualitativ und quantitativ zu verbessern.

Wir halten an den föderalen Strukturen im Bildungsbereich fest. Die Entscheidung der Kultusminister zur Einführung von Bildungsstandards und Vergleichstests für die Schulen ist richtig. Damit die Länder ihre bildungspolitischen Aufgaben dauerhaft wahrnehmen können, fordern wir gemeinsam mit den B-Ländern eine höhere Beteiligung der Länder an der Umsatzsteuer.

MICHAEL MEISTER:

SPD muss Strukturreformen endlich anpacken



Zu den Ergebnissen der Steuerschätzung erklärte der finanzpolitische Spre- cher:

Die rot-grüne Bundesregierung kassiert die Quittung für ihre schlechte Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik: ■ Die Arbeitslosigkeit steigt: Sie wollte die Arbeitslosigkeit deutlich unter die 3,5-Millionen-Grenze drücken. Zurzeit sind in Deutschland 4,6 Millionen Menschen arbeitslos. Die Tendenz zeigt leider nach oben. ■ Die Investitionen und Ausgaben für den Konsum sind drastisch zurückgegangen. ■ Die Staatsverschuldung von Bund, Ländern und Kommunen ist stetig weiter gewachsen. Sie stieg von 1.153 Mrd. Euro in 1998 auf 1.247 Mrd. Euro in 2002. ■ Die Maastricht-Obergrenze wird nicht eingehalten. ■ Die Steuereinnah-

men brechen weg: Die Steuereinnahmen in 2002 sind um rund 1,2% bzw. 5,3 Mrd. Euro gegenüber 2001 zurückgegangen. Dieser Trend hat sich im 1. Quartal 2003 fortgesetzt. Gegenüber Vorjahresquartal ist das Steueraufkommen (ohne Gemeindesteuern) um 2,9% zurückgegangen.

Das ist die im Leittrag des SPD-Parteivorstandes zum Sonderparteitag am 1. Juni 2003 „Mut zur Veränderung“ enthaltene Analyse der wirtschafts- und finanzpolitischen Lage. Diese Analyse kommt einem Offenbarungseid gleich. Angesichts der katastrophalen Finanzlage ist es unverständlich, dass der Leittrag alte linke Rezepte hervorkramt, von kurzfristigen Maßnahmen geprägt ist und den Menschen keine Hoffnungen macht. Ebenso unverständlich ist, dass Bundesfinanzminister Hans Eichel nicht dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestages Rede und Antwort steht. Der Minister verzögert damit die weiterhin notwendige Strukturbedebatte. Denn nur er kann erläutern, wie er strukturelle Reformen auf den Weg bringen und durchsetzen will. Nur er kann erläutern, wie er das verloren gegangene Vertrauen der Bevölkerung in eine solide Steuerpolitik wieder gewinnen will.

Die Bundesregierung gesteht mit der Ankündigung eines Nachtragshaushalts im Herbst 2003 ihre Handlungsunfähigkeit ein. Im Herbst werden Korrekturen für das laufende Haushaltsjahr kaum mehr möglich sein. Der Nachtragshaushalt muss jetzt vorgelegt werden.

Die Union fordert, dass endlich wieder Vertrauen in diesem Lande geschaffen wird. Das gilt ganz besonders für die Steuerpolitik, mit der weder Haushaltslöcher und noch linke Ideologien befriedigt werden dürfen. Die Union fordert, dass endlich Gesamtkonzepte vorgelegt werden. Dazu haben die Menschen dieses Landes die Regierung gewählt.

WOLFGANG BOSBACH:

Kriminalitätsan- stieg erfordert Konsequenzen



Zu den Zahlen in der von
Bundesinnenminister
Schily vorgestellten Poli-

zeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2002 erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Der im Jahr 2002 erneut festzustellende Anstieg der von der Polizei registrierten Kriminalität ist besorgniserregend und muss zu politischen Konsequenzen führen. Die innere Sicherheit muss wieder einen höheren politischen Stellenwert erhalten. Die Bevölkerung erwartet zu Recht, dass der demokratische Rechtsstaat sie so gut wie möglich vor Verbrechen schützt und Schutzlücken schließt.

Insbesondere der massive Anstieg der Gewaltkriminalität um 4%, wohinter sich ein erschreckender Anstieg der Sexualdelikte um 9,2% und der gefährlichen und schweren Körperverletzungen um 5,5% verbirgt, sowie der Anstieg der Strassenkriminalität (Raub- und Körperverletzungsdelikte auf Straßen, Sachbeschädigungen, Graffiti-Schmierereien) um 6% erfüllt uns mit Sorge.

Dabei ist zu bedenken, dass die Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik die wirkliche Kriminalitätsbelastung des Landes eher zu positiv als zu negativ darstellen. Denn außer Acht bleiben alle bei der Polizei nicht angezeigten Straftaten, das sog.

„Dunkelfeld“. Hierunter sind sowohl Straftaten, bei denen das Opfer den Weg zur Polizei scheut, um mit der Erinnerung an die Tat nicht weiter belastet zu werden, als auch solche, bei denen der Geschädigte sich keine Hoffnung auf eine effektive Verfolgung der Straftat macht (z.B. bei Bagatell- und Massenkriminalität). Beides darf man aber nicht ausblenden, weil es zu der tatsächlich in diesem Land stattfindenden und von seinen Bürgern leider zu erduldenen Kriminalität gehört. So schätzt etwa die Gewerkschaft der Polizei (GdP), dass nur jede zehnte tatsächlich begangene Straftat in die PKS Eingang findet.

Angesichts der besorgniserregenden Entwicklung der Kriminalität in Deutschland gibt es keinen vernünftigen Grund mehr, der Polizei ausgerechnet das heute wirksamste Fahndungsmittel, den genetischen Fingerabdruck, bei der Kriminalitätsbekämpfung in vielen Fällen vorzuenthalten und nur bei besonders schweren Straftaten zu nutzen. So wie beim herkömmlichen Fingerabdruck hält auch der sog. genetische Fingerabdruck nur unverwechselbare Merkmale des Spurenlegers fest und analysiert nicht etwa das Erbgut, wie der Begriff „DNA-Analyse“ fälschlich

suggestieren könnte. Mit dieser neuen Methode werden immer wieder große Fahndungserfolge erzielt. Wenn einem Straftäter mit hoher Wahrscheinlichkeit Überführung droht, hat das eine enorme Abschreckungswirkung. Darauf dürfen wir im Interesse potentieller Opfer nicht ohne Grund verzichten. Es gibt kein Bürgerrecht, unerkannt Straftaten begehen zu können. Wo immer die Polizei eine erkennungsdienstliche Behandlung mit Foto, Fingerabdruck und Größenmessung vorzunehmen hat, sollte dies künftig auch eine Speichelprobe für die DNA-Analyse umfassen können. Gleiches muss darüber hinaus für alle Straftaten mit sexuellem Bezug gelten.

Darüber hinaus müssen wir die Bevölkerung – und insbesondere unsere Kinder – wirksamer vor Sexualverbrechen schützen. (Vgl. hierzu den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung vor Sexualverbrechen und anderen schweren Straftaten [BT-Drs. 15/29], in dem u.a. die nachträgliche Sicherungsverwahrung, die erweiterte Zulassung der DNA-Analyse bei Sexualstraftaten und die Heraufstufung des Kindesmissbrauchs zum Verbrechen vorgesehen sind.) Außerdem muss der Grundsatz: „Wehret den Anfän-

gen!“ wieder Geltung erlangen. Wir sollten darum auch endlich Graffiti-Schmierereien konsequent als Sachbeschädigung ahnden. Hierzu ist eine Änderung des § 303 StGB unbedingt notwendig. (Vgl. hierzu den Entwurf eines Graffiti-Bekämpfungsgesetzes [BT-Drs. 15/302]). Zur Verbesserung des Opferschutzes hat die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag den Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Rechte der Opfer im Strafprozess (BT-Drs. 15/814) eingebracht sowie diese Woche den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Opferentschädigungsgesetzes zur Absicherung der Opfer einer Straftat im Ausland.

CHRISTIAN SCHMIDT:

Struck hat Glaubwürdigkeit verloren



Zu den Standortschließungen erklärte der verteidigungspolitische Sprecher:

Verteidigungsminister Struck hat heute vor allem an Glaubwürdigkeit verloren. Noch im Oktober vergangenen Jahres hatte er erklärt, dass mit ihm „kein einziger Standort“ geschlossen werde. Wie er zu dieser Aussage vor dem Hintergrund des rot-grünen Streichkonzerts gekommen ist, war nie ganz klar. Dabei hat Herr Struck sich bemüht, so lange wie möglich Unklarheit walten zu lassen – und damit viele verunsichert, die als Soldaten oder Zivilbeschäftigte um ihren Standort oder Arbeitsplatz gebangt haben. Letzten Ende waren es wohl die Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen, die Struck dazu veranlasst haben, erst heute die Namen der betroffenen Gemeinden zu nennen.

Die Betriebskostensparnis kann und darf aber nicht der Grund dafür sein, dass man Standorte schließt, die das Netz der Luftverteidigung der Bundesregierung Deutschland sichern. Gerade vor dem Hintergrund der wachsenden Gefahr durch terroristische Angriffe geht Struck hier ein großes Sicherheitsrisiko ein. Auch sind die strukturpolitischen Konsequenzen für die sowieso schon schwierige Arbeitsmarktsituation, auch im Hinblick auf die betroffenen Zivilbeschäftigten, in keiner

Weise berücksichtigt. Wir fordern den Bundesminister der Verteidigung deshalb dringend auf, seine Entscheidung zu überdenken und den Dialog mit den Betroffenen zu suchen. Zumindest muss er erklären, wie er sich in der Zukunft die Luftsicherheit in Deutschland gewährleisten will!

URSULA HEINEN:

CDU/CSU legt Konzept für Verbraucherpolitik vor



Anlässlich der Vorstellung des Positionspapiers zur Verbraucherpolitik und der Anträge zur Verbraucherinformation (Drs. 15/927) und den Mehrwertdiensternummern (Drs. 15/919) erklärte die Verbraucherschutzbeauftragte:

Verbraucherpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Deshalb haben wir ein Positionspapier in der Fraktion erarbeitet, das alle Bereiche des wirtschaftlichen, rechtlichen und gesundheitlichen

Verbraucherschutz erfasst.

Wie in unserem Antrag zur Verbraucherinformation niedergelegt, fordern wir eine umfassende Verbesserung der Verbraucherinformation in den fünf Säulen Kennzeichnung, Unternehmenseuskünfte, Behördliche Empfehlungen und Warnungen, Zugang zu Behördeninformation und unabhängige Beratung.

Mit unserm Antrag zu den Mehrwertsteuerfummern fordern wir eine umfassende Bekämpfung des Missbrauchs. Darüber hinaus streben wir Schutz der Verbraucher gegen unverlangte Faxwerbung und Spam-Mails an.

Bei Finanzdienstleistungen ist uns der Schutz vor Anbieterinsolvenz wichtig, die Flexibilisierung von der privaten Altersvorsorge, und wir setzen auf mehr Einzelberatung statt überzogener Informationspflichten.

Weiterhin begrüßen wir die Reform des Wettbewerbsrechts.

Im gesundheitlichen Verbraucherschutz fordern wir bessere Koordination zwischen Bund und Ländern, Überarbeitung der Lebensmittelkennzeichnung sowie eine breit angelegte Strategie zur Bekämpfung der Fehlernährung.

KLAUS LIPPOLD
DIRK FISCHER:

Verhandlungserfolg für Union bei LKW-Maut

Zum Vermittlungsergebnis zur streckenbezogenen Lkw-Maut und zum Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesetz erklären der Stell. Fraktionsvorsitzende und der verkehrspolitische Sprecher:

Der CDU/CSU ist es gelungen, wesentliche Schwachpunkte in dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzesprojekt zur streckenbezogenen Lkw-Maut zur korrigieren.

Die „Verständigung zur Mauteinführung in Deutschland am 31. August 2003 und zur Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen“ trägt eindeutig die Handschrift der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der unionsgeführten Bundesländer.

Die grundlegenden Bedingungen der Union konnten in intensiven Verhandlungen durchgesetzt werden:

- Die Zweckbindung der Mauteinnahmen für die Verkehrsinfrastruktur und überwiegend für die Bundesfernstraßen zusätzlich zu den aktuell im Verkehrshaushalt vorhandenen Mitteln und
- ein Harmonisierungsvolu-



men für das deutsche Transportgewerbe in Höhe von 600 Mio. Euro jährlich, also doppelt so viel wie von Rot-Grün ursprünglich beabsichtigt, sind nun fest vereinbart. Das Autobahnmautgesetz und die Mauthöheverordnung werden entsprechend angepasst. Dank des hartnäckigen Einsatzes der Union ist nun gesichert, dass die Maut kein Abkassierinstrument wird, wie lange befürchtet, sondern zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland genutzt werden kann. Auch konnten Unionsfraktion und unionsgeführte Länder verhindern, dass das deutsche Transportgewerbe durch die Maut unzumutbar belastet wird. Rot-Grün bleibt in der Pflicht, unerledigte Hausaufgaben in Brüssel nachzuholen: Sie muss dafür sorgen, dass ein EU-konformes Mautermäßigungsverfahren bzw. Mineralölsteueranrechnungsverfahren in Brüssel genehmigt wird. Bis dahin wird das Harmonisierungsvolumen über entsprechend niedrige Mautsätze gesichert.

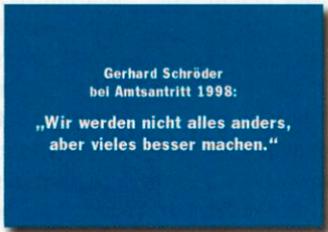
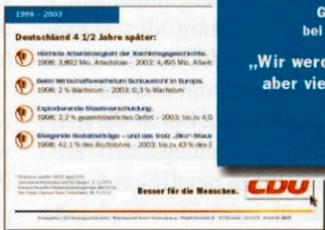
**Postkarte
„Der rote Faden der Regierung“**

Bestell-Nummer: **9031**
Preis je **100 Stück: 8,00 €**
inkl. MwSt.: 8,56 €



**Postkarte
„Der SPD zum Geburtstag – weil sie
ja sonst nix gebacken kriegt.“**

Bestell-Nummer: **9032**
Preis je **100 Stück: 8,00 €**
inkl. MwSt.: 8,56 €



Postkarte „Besser machen“

Bestell-Nummer: **9037**
Preis je **100 Stück: 12,00 €**
inkl. MwSt.: 12,84 €



**Postkarten Edition
„SPD – Zitate“**

Bestell-Nummer: **9040**
Preis je **99 Stück**
(3 x 33): **10,50 €**
inkl. MwSt.: **11,24 €**

**Mini-Broschüre
„Die SPD streitet sich...“**

Bestell-Nummer: **5039**
Preis je **50 Stück: 20,00 €**
inkl. MwSt.: **21,40 €**



**Faltplan
Ländervergleich
Neuaufgabe**
Stand: 01.04.2003

Bestell-Nummer: **2865**
Preis je **50 Stück: 15,25 €**
inkl. MwSt.: **16,32 €**

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

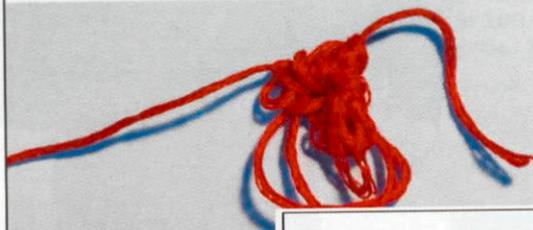


ABO 2600-5-42720 KV 1239 482
G 8398

Union Betriebs Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Postfach 1190 Postfach 12 60
53348 Rheinba
PVSt, Deutsche
Entgelt bezahlt 53730 Sankt Augustin

Die neuen Wandzeitungen

Der rote Faden der Regierung.



Der SPD zum Geburtstag – weil sie ja sonst nix gebacken kriegt.



Besser für die Menschen.

CDU

Das sind die aktuellen Wandzeitungen der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie können von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.